

Gesellschaft

Gebete, Glaube und Geburten

„Wer öfter betet, hat mehr Kinder“ (Bild-Zeitung, 28.3.2007, Titelseite) und „Beten als Familienpolitik“ (FAZ, 27.3.2007) lauteten einige der Schlagzeilen unter Bezug auf Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln. Grundlage waren die im letzten Wirtschaft und Ethik-Informationsdienst 1/2007 publizierten Ergebnisse, bei denen auch der Zusammenhang zwischen Gottesdienstbesuchen und Geburtenrate beschrieben wurde. Aufgrund der vielen Nachfragen, greifen wir einige Ergebnisse hier nochmals auf.

Der Glaube versetzt ja gemeinhin Berge. So manchem Zeitgenossen und Wirtschaftsforscher ist der empirische Wirkungsnachweis von Gebet, Glaube und Religiosität jedoch suspekt. Ähnliches gilt teilweise für die Erforschung des Einflusses von Werten und Normen auf wirtschaftliche Entwicklungen. Dennoch gibt es – insbesondere von soziologischer, aber auch sozialpsychologischer Seite – immer wieder Ansätze und Versuche, deren Bedeutung anhand von Daten zu belegen.

Auch Wirtschaftswissenschaftler suchen nach ähnlichen Indizien. So zeigten Robert Barro und Rachel McCleary in ihrem Beitrag „Religion and Economic Growth“ (2003), dass Länder, in denen Menschen mehr an Himmel und Hölle glauben und mehr zur Kirche gehen, höhere Wachstumsraten und mehr Wohlstand erreichen, als andere (vgl. Kirche-Wirtschafts-Informationsdienst, 4/2003). Werte und Religion fördern Wachstum, könnte die Kurzformel lauten.

Aktuell sorgt die Forschung von theologischer und wirtschaftswissenschaftlicher Seite zur Bedeutung von Religiosität auf die Demographie für einige Aufmerksamkeit (siehe Literaturhinweise). Von Bild der Wissenschaft, über die Frankfurter Allgemeine Zeitung bis hin zur Bild-Zeitung finden die Thesen eine breite Resonanz in den Medien. Die empirischen Überprüfungen basieren auf unterschiedlichen Daten: ALLBUS Daten für Deutschland, Volkszählungsdaten für die Schweiz sowie der World Values Survey liefern die Grundlage für die Überprüfung der These: Gebet und Glaube beeinflussen die Geburtenrate. Im letzten Informationsdienst Wirtschaft und Ethik wurde der Zusammenhang zwischen Gottesdienstbesuch und Kinderzahl bereits illustriert. Der nur kurz angesprochene Zusammenhang zwischen Glaube und

Kinderzahl sowie Beten und Kinderzahl wird hier dargestellt.

Gebet und Geburten

Befragte, die so oft außerhalb von Gottesdiensten beten, haben im Durchschnitt so viele Kinder		
	Deutschland	weltweit
Jeden Tag bzw. mehrmals pro Woche	1,91	2,24
Mindestens einmal im Monat	1,66	1,86
Mehrmals pro Jahr bzw. selten	1,39	1,61
Nie	1,33	1,48

Quelle: World Values Survey (1981-2004), 260.000 Interviews in 82 Ländern; Eigene Berechnungen

Spannend ist, dass auch der Glaube an Gott, den Himmel und ein Leben nach dem Tod positiv mit der Kinderzahl korreliert. Den Ursachen versuchen derzeit Forscher verschiedener Fachrichtungen auf die Spur zu kommen.

Glaube und Geburten

Anzahl der Kinder von Gläubigen und Nicht-Gläubigen				
	Deutschland		Welt	
	Ja	Nein	Ja	Nein
Glaube an Gott	1,58	1,38	2,05	1,49
Glaube an Himmel	1,64	1,41	2,17	1,64
Glaube an ein Leben nach dem Tod	1,54	1,47	2,1	1,76

Quelle: World Values Survey (1981-2004), 260.000 Interviews in 82 Ländern; Eigene Berechnungen

Die US-Politikwissenschaftler Ronald Inglehart und Pippa Norris kommen ebenfalls auf Basis der World Values Daten beim Vergleichen der Gesellschaften zu ähnlichen Ergebnissen. Unterteilt in ein säkulares, moderates und religiöses Drittel zeigen sich deutliche Unterschiede bei der Bevölkerungsentwicklung in den Ländern: Während säkulare und moderate Gesellschaften kaum wachsen (1975-1997: 0,7 Prozent; 1997-2015: 0,2-0,3 Prozent), wachsen religiöse Gesellschaften mehr als fünfmal so stark (1975-1997: 2,2 Prozent; 1997-2015: 1,5 Prozent).

Inglehart, Ronald/ Norris, Pippa (2004): Sacred and Secular Religion and Politics Worldwide
Michael Blume et al. (2006): Religiosität als demografischer Faktor, Marburg Journal of Religion: Vol.11/1

Grundeinkommen

Ein Stück Sozialismus im Markt

Ob Schuhputzer oder Millionär, ob Student oder Arbeitsloser – jeder Bürger in diesem Land soll pro Monat 625 bis 1.500 Euro vom Staat als Bürgergeld bekommen, wenn es nach den Vorstellungen einiger Sozialpolitiker geht. Unklar sind aber die Folgen für Individuum, Wirtschaft und Gesellschaft. Während der Einzelne durch ein solches „grundloses Einkommen“ neue Freiheiten gewinnt, drohen der Gesellschaft kaum finanzierbare Belastungen und unkalkulierbare Risiken. Insofern gleicht der Umstieg von den heutigen Sozialleistungen auf das bedingungslose Grundeinkommen einer Operation am offenen Herzen (vgl. iwd 6/2007, S. 2). Dabei genügt, wenn es vor allem um die Verringerung der Intransparenz und der hohen Bürokratiekosten im derzeitigen Umverteilungssystem geht, schon ein Fitnessprogramm für den Sozialstaat.

Derzeit werden vor allem drei verschiedene Bürgergeldmodelle diskutiert (Tabelle).

1. Der Drogerie-Unternehmer Götz Werner fordert ein bedingungsloses Grundeinkommen, dessen Höhe nicht genau festgelegt ist, aber eher einem kulturellen Existenzminimum nahe kommt. Mitunter spricht er perspektivisch von bis zu 1.500 Euro im Monat. Finanziert werden soll diese Zuwendung mit der Umstellung des Steuersystems auf eine Konsumsteuer. Unklar ist, was mit dem bestehenden Sozialsystem passieren soll.

2. Der Bürgergeldvorschlag der thüringischen Landesregierung bringt jedem Erwachsenen 800 Euro monatlich ein. Kinder erhalten 500 Euro. Die Finanzierung erfolgt durch die Abschaffung aller anderen Sozialleistungen. Vom Bürgergeld abgezogen wird zudem ein Krankenversicherungsbeitrag in Höhe von 200 Euro. Mit dem „solidarischen Bürgergeld“ ist auch eine Einkommenssteuerreform verbunden. Die Steuer auf Einkommen, das über das Bürgergeld hinausgeht, betrüge in jedem Fall 50 Prozent. Wer statt 800 nur 400 Euro Bürgergeld in Anspruch nehmen will, zahlt einen Satz von 25 Prozent.

3. Das Hamburgische Weltwirtschaftsinstitut (HWWI) schlägt ein Grundeinkommen von umgerechnet 625 Euro pro Monat für jeden Bundesbürger vor. Dafür werden alle anderen Sozialleistungen wie das Arbeitslosengeld I und II, Rente, Kindergeld und so weiter abgeschafft.

Während die Grundidee, Sozialleistungen in Form einer negativen Einkommensteuer bzw. eines Bürgergeldes aus Effizienzgründen zusammenzufassen, auch von liberalen Ökonomen wie Milton Friedman propagiert wird, zeigen sich bei der Umsetzung gravierende Probleme.

1. Finanzielle Folgen: Die Vorschläge verursachen Kosten in Höhe von bis zu 1,2 Billionen Euro – dies ist mehr als die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts und mehr als das Doppelte sämtlicher Steuereinnahmen. Angesichts dieser Dimensionen ist klar, dass eine Finanzierung nur möglich ist, wenn an anderer Stelle Belastungen wegfallen – etwa die Beiträge zur Arbeitslosen- und Rentenversicherung. Aber selbst diese Beitragszahlungen in Höhe von 225 Milliarden Euro können nur bedingt in die Finanzierung des bedingungslosen Grundeinkommens umgeleitet werden. Denn mit den bisherigen Zahlungen wurden z. B. in der Rentenversicherung bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt eigentumsähnliche Ansprüche erworben, die noch Jahrzehnte lang bedient werden müssen.

Bürgergeld: Die Modelle				
	Götz Werner Vorsitzender der Geschäftsführung dm-drogerie markt	Landesregierung Thüringen	Hamburgisches Weltwirtschafts- Institut	ALG II
Euro pro Monat	650 bis 1.500 für alle Erwachsenen	800 für Erwachsene bzw. 500 für Kinder bis einschließlich 14 Jahre	625 für alle	nach Bedarf, z. B. 650 für Alleinstehen- de; 1.550 für Familie mit 2 Kindern
Jährliche Kosten in Milliarden Euro	530 bis 1.224	613	618	44
Finanzie- rung	Erhöhung der Konsumsteuern	Wegfall bestehender Sozialleistungen	Wegfall bestehen- der Sozialleistungen	Steuern
Sonstiges	Ersatz anderer Steuerarten durch Konsumsteuer	Vorschlag schließt Einkommenssteuerreform (Flat Tax) und Kopf- pauschale in der Kran- kenversicherung ein	gegebenenfalls ergänzende staat- liche Leistungen erforderlich	setzt Bedürftigkeit voraus; Mitwirkungs- pflichten bei der Eingliederung in Arbeit

Quelle: IW-Zusammenstellung

© 2007 Deutscher Instituts-Verlag

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

2. Gesellschaftspolitische Folgen: Gänzlich ungeklärt sind die gesellschaftspolitischen Auswirkungen eines solchen Experiments mit 82 Millionen Menschen, bei dem das Grundprinzip für den Erfolg der Marktwirtschaft aufgegeben wird: In der sozialen Marktwirtschaft ist zunächst jeder für sich selbst verantwortlich. Erst wenn jemand nicht mehr für sich selber sorgen kann, hat er Anspruch auf die Hilfe der Gesellschaft. Das Bürgergeld stellt dieses Subsidiaritätsprinzip auf den Kopf. Es würde jeder Hilfe erhalten, völlig unabhängig davon, ob er bedürftig ist oder nicht. Insbesondere der Wegfall der Forderung nach einer dem einzelnen möglichen Gegenleistung in Form von einer Arbeit für die Gemeinschaft beim bedingungslosen Grundeinkommen und damit der Verzicht auf den Gemeinschaft stiftenden Grundgedanken der Reziprozität, gefährdet die Grundlagen der Gesellschaft.

3. Individuelle Folgen: Der eigenverantwortliche Umgang mit der gewonnenen Frei(z)eit wird bei den Befürwortern als selbstverständlich unterstellt. Dabei steht aktuell gerade die Befähigung des Menschen zum sinnvollen Umgang mit der Zeit im Zentrum bildungs- und familienpolitischer Diskussionen. Auch verstärkte Ausweichreaktionen (siehe nächste Seite) in die Schattenwirtschaft sind zu befürchten.

Schwarzarbeit

Wo bleibt die Moral?

Rund 13 Millionen Deutsche haben sich 2006 schwarz etwas dazu verdient. Hauptursachen sind die Steuer- und Abgabenlast, die Vielzahl an Regulierungen und Vorschriften, vor allem im Arbeitsrecht, die Qualität der Gegenleistung, die der Staat dem Bürger bietet sowie die geringe Steuermoral. Gerechtfertigt wird die Schwarzarbeit gerne mit dem Hinweis darauf, dass es doch viele z. B. in der Nachbarschaft machen und es ein Kavaliersdelikt sei.

Fünf Stunden muss ein Facharbeiter in Deutschland arbeiten, um sich eine Stunde lang die Dienste eines Kollegen leisten zu können. Der Grund für dieses Missverhältnis ist die hohe Steuer- und Abgabenlast. Sie führt dazu, dass viele Bundesbürger kleinere Tätigkeiten unter der Hand ausführen lassen oder selbst schwarzarbeiten.

Schwarzarbeit leistet definitionsgemäß, wer Dienstleistungen erbringt oder produktiv tätig wird und dabei gegen Sozialversicherungs- oder Steuerpflichten verstößt. Auch wer die Zulassungsvorschriften für sein Gewerbe oder Handwerk nicht einhält, arbeitet schwarz. Gleiches gilt für Arbeitslosengeld- und Sozialhilfeempfänger, die ihre Hinzuverdienste nicht angeben. Erlaubt ist lediglich die so genannte Nachbarschaftshilfe, sofern sie nicht darauf ausgelegt ist, nachhaltige Gewinne zu erzielen, und von Angehörigen, Freunden oder Nachbarn erbracht wird.

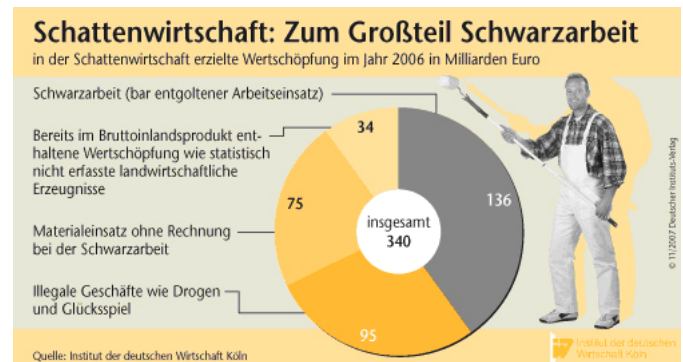
Bei Verstößen gegen das Gesetz, können Geldbußen bis zu 500.000 Euro und eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren zum Beispiel für die illegale Beschäftigung von Ausländern verhängt werden. Doch weder die Gefahr, vorbestraft zu sein, noch die drohenden Geldbußen scheinen die Bundesbürger zu schrecken:

Nach einer repräsentativen Umfrage der Meinungsforscher von TNS Emnid für das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) hat jeder fünfte Deutsche im letzten Jahr schwarzgearbeitet und fast jeder dritte Arbeiten ohne Rechnung ausführen lassen.

Männer (25,8 Prozent) haben dabei noch deutlich weniger Bedenken als Frauen (16,0 Prozent), unter der Hand Geld zu verdienen oder Schwarzarbeiter zu beauftragen (35,4 Prozent zu 26,5 Prozent). Gut die Hälfte der Befragten meinte zudem, dass Schwarzarbeit durch die zu Jahresbeginn erhöhte Mehrwertsteuer noch verlockender geworden sei.

Die insgesamt rund 13 Millionen Schwarzarbeiter im Alter von über 18 Jahren haben eigenen Angaben zufolge 2006 im Mittel sechs Stunden pro Woche an der Steuer vorbeigearbeitet – für einen Brutto-gleich-netto-Stundenlohn von durchschnittlich 10 Euro. Mithilfe dieser

Informationen und auf Basis früherer Umfragen kann der Umfang der Schwarzarbeit in Deutschland kalkuliert werden, wobei in dieser Schätzung weitere Bestandteile des Schattenwirtschaftssektors wie illegale und kriminelle Tätigkeiten sowie der Materialeinsatz im Rahmen der Schwarzarbeit *nicht* enthalten sind (Grafik).



Durch Schwarzarbeit (Arbeitseinsatz) wurde 2006 eine Wertschöpfung von 136 Millionen Euro erwirtschaftet – was rund 6 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts und umgerechnet rund 2,5 Millionen Vollzeitjobs entspricht. Diese sind allerdings nicht komplett in die offizielle Wirtschaft übertragbar, selbst wenn es gelänge, Schwarzarbeit völlig zu unterbinden. Zwischen einem Drittel und einem Viertel der schwarzen Aufträge würden gemäß Umfragen auch zu offiziellen Konditionen vergeben. Knapp die Hälfte der Arbeiten bliebe unerledigt, der Rest würde in Eigenregie gemacht. Somit könnten durch eine wirksame Eindämmung der Schwarzarbeit 800.000 bis 1 Million Vollzeit Arbeitsplätze entstehen. Der Fiskus nähme dann bis zu 5 Milliarden Euro zusätzlich an Einkommenssteuer ein und die Sozialversicherungen bis zu 12 Milliarden Euro.

Wirkungsvolle Maßnahmen sind die Verringerung der Steuer- und Abgabenlast und die Erhöhung der Transparenz sowie der Abbau von Regulierungen. Den gegenteiligen Effekt hätte hingegen die Einführung eines Mindestlohns von 7,50 Euro. Das IW Köln und Friedrich Schneider, Uni Linz, beziffern die zusätzliche Wertschöpfung in der Schattenwirtschaft durch die Einführung eines solchen Mindestlohns einhellig auf Basis unabhängiger Schätzungen mit unterschiedlichen Methoden auf bis zu 25 Milliarden Euro. Dies entspräche bei der Größe der Schattenwirtschaft von 350 Milliarden Euro (2007) einem Wachstum von 7 Prozent. Vom Mindestlohn sind bis zu 4 Millionen Arbeitnehmer betroffen, von denen gemäß Umfragen 20 bis 40 Prozent bei entsprechender Gelegenheit schwarzarbeiten würden. Umgerechnet wäre dies gleichbedeutend mit einer Verlagerung von 800.000 bis 1,6 Millionen Jobs in die Schattenwirtschaft. Ein Mindestlohn würde die Moral somit nicht stärken.

Wirtschaftskriminalität

Nicht-Wähler tun es öfter

Nicht-Wähler und Wähler radikaler Parteien arbeiten häufiger schwarz, lassen mehr schwarzarbeiten und nehmen es auch sonst mit der Moral weniger genau als Wähler gemäßigter Parteien. Dabei lehnen konservative Wählerschichten erwartungsgemäß von sozialen Normen abweichendes Verhalten am deutlichsten ab. Dies sind aktuelle Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage in Deutschland (2007).

In einer Demokratie haben die Menschen die Möglichkeit über ihre Stimmabgabe bei Wahlen die formellen Institutionen (indirekt) mitzugestalten. Die gewählten Volksvertreter entscheiden neben vielem anderen über die Ausgestaltung des Steuersystems, die Förderung von Bildung und Innovation, den Ausbau der Kinderbetreuung und der Infrastruktur sowie die staatlichen Eingriffe in die Marktwirtschaft generell. Wenn die Nutzung der so genannten Voice-Option nach Ansicht der Bürger nicht (mehr) ausreicht, um zum Beispiel Widerspruch gegenüber dem bestehenden System zu äußern, können sie auch mit Abwanderung (Exit) ins Ausland oder auch den Untergrund drohen. Albert O. Hirschman (1974) hat diese Begrifflichkeit geprägt, um auf Reaktionsmöglichkeiten der Menschen auf Leistungsabfall in Unternehmen und Staaten hinzuweisen.

Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene lässt sich ein genereller Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und beispielsweise der Größe der Schattenwirtschaft, als ein Beispiel für eine Abwanderung und die „Abwahl geltender Normen des Wirtschaftens“, zum Beispiel in Österreich und Deutschland im Zeitablauf feststellen.

Auf Grundlage einer repräsentativen Umfrage durch das Meinungsforschungsinstitut TNS Emnid im Auftrag des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln kann dieser Zusammenhang auch bei Auswertung individueller, zeitpunktbezogener Befragung auf individueller Ebene nachgewiesen werden:

Bei den Personen, die geäußert haben, bei den nächsten Wahlen nicht wählen zu gehen bzw. extreme Parteien (Republikaner, NPD, DVU) zu wählen, zeigt sich das Misstrauen in die bestehende Ordnung und die Voice-Option stärker und es werden häufiger Exit-Optionen gewählt als bei den Wählern gemäßigter Parteien (Tabelle).

Um zu prüfen, ob es sich nicht um eine Scheinkorrelation handelt, wurde der möglicherweise intervenierende Einfluss zum Beispiel von Einkommen, Bildung oder Alter untersucht. Diese haben jedoch keinen Einfluss. Die hinter

der Wahlentscheidung bzw. Parteipräferenz liegenden Werte lassen sich hingegen nur schwer erfassen und werden in der Umfrage nicht erfragt.

Auffällig ist insbesondere, dass dreimal soviel Nichtwähler/Wähler extremer Parteien wie die übrigen Wähler sagen, dass sie bei entsprechender Gelegenheit schwarzarbeiten würden. Aber auch bei allen anderen Fragen ist die Loyalität gegenüber dem Staat geringer und abweichendes Verhalten wird mehr toleriert oder sogar selber praktiziert. Auch anderen Institutionen (z. B. Arbeitgeber) gegenüber zeigt sich eine größere Bereitschaft zu abweichendem Verhalten: „Blau machen“ ist für fast doppelt soviel Nichtwähler in Ordnung, wie für die übrigen Wähler. Die beiden letzten Fragen weisen auf eine geringere Steuermoral von Nichtwählern und Wähler extremer Parteien hin. Die Steuermoral ist aber auch generell in Deutschland zurückgegangen, denn im Jahr 1999 meinten noch gut 30 Prozent, dass Steuersünder Betrüger sind. 2007 waren dies nur noch 22 Prozent.

Abwanderung oder Widerspruch

Unterschiede zwischen Wählern und Nichtwählern

Fragen/ Aussagen	Wähler von SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Grüne, FDP; Linkspartei/PDS	Nichtwähler und Wähler von Republikanern, DVU, NPD
Schwarzarbeit selber ausgeführt in den letzten 12 Monaten	20,5	31,3
Schwarzarbeit ausführen lassen in den letzten 12 Monaten	33,3	35,7
Bereitschaft zur Schwarzarbeit bei entsprechender Gelegenheit	11,2	30,3
Blau machen ist ab und zu in Ordnung	6,6	10,5
Der (Steuer-) Ehrliche ist der Dumme	27,9	38,6
Steuersünder sind Betrüger	26,5	12,5

Angaben in Prozent der Befragten. Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis einer Bevölkerungsumfrage aus dem Januar 2007 von 1.018 Personen ab 18 Jahre durch TNS Emnid

Allerdings sind die Ergebnisse auch für die gemäßigten Parteien selber – zum Beispiel hinsichtlich Schwarzarbeit – recht heterogen. Wähler mit einer Präferenz für SPD, Bündnis 90/Grüne sowie FDP arbeiten häufiger schwarz und lassen häufiger schwarzarbeiten als konservative Wählerschichten, die CDU/CSU näher stehen.